

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Fjpr.: 44 28 86. Postsch.: Vermögensvert. d. Verb. Hamb. 11598
46. Jahrgang **Hamburg, 6. August 1932** Nummer 32

Ein weiteres Jahr Verbandsarbeit

II.

Dem Bauarbeiterschutz wurde ebenfalls großes Augenmerk geschenkt, zeigt doch schon die uns jährlich gemeldete große Zahl von Unfällen, von denen unsere Kollegen betroffen wurden, dessen unbedingte Notwendigkeit. Ermahnungen zur größtmöglichen Vorsicht bei der Berufstätigkeit allein helfen nichts; denn Leichtsinns bei der Arbeit ist nur in den wenigsten Fällen die Ursache des Unfalles. Oftmals trägt schadhafte Gerüstmaterial daran die Schuld, manchmal sind die nicht befriedigenden Schutzvorschriften die Ursache. Um auch die Öffentlichkeit wieder mehr auf die Notwendigkeit verstärkten Bauarbeiterschutzes hinzuwirken, wurde am 8. und 9. Juni in Berlin eine vom IGBB einberufene Bauarbeiterschutzkonferenz abgehalten, über die seinerzeit im „Maler“ eingehend berichtet wurde.

In den Jahren nach 1918 hat die Frage des Nachwuchses im Gewerbe eine große Rolle in unserer Verbandstätigkeit gespielt, womit aber nicht gesagt sein soll, daß sich der Verband früher nicht darum gekümmert hätte. In der Nachkriegszeit aber wurde die Frage besonders brennend. Es besteht kein Zweifel darüber, daß das Problem des Nachwuchses in der gesamten Gewerbepolitik von erheblicher, wenn nicht entscheidender Bedeutung ist. Während des Krieges litt das Maler- und Lackierergewerbe unter zu wenig Lehrlingen, seit Jahren aber ist ihre Zahl außerordentlich übersteigert. Dagegen und gegen sonstige Mißstände im Lehrlingswesen wendet sich unser Verband. Es wird auch von den Arbeitgebern ohne weiteres zugegeben, daß die Zustände im Lehrlingswesen verbesserungsbedürftig sind, nur lehnen sie es immer wieder ab, die Mißstände mit uns zusammen aus dem Wege zu räumen.

Gegen die allgemeine Einführung der vierjährigen Lehrzeit wandte sich der Vorstand mit einer Eingabe an die Ministerien der verschiedenen Länder. Da im übrigen wiederholt zu allen Jugend- und Lehrlingsfragen eingehend im „Maler“ Stellung genommen wurde, soll darauf hier nicht näher eingegangen werden. Erwähnt sei lediglich, daß auch jetzt immer wieder Arbeitgeber versuchen, den Lehrlingen das Recht streitig zu machen, sich der Lehrlingsabteilung unseres Verbandes anzuschließen. Dafür unterstützt man aber um so mehr die Jungmalerbewegung, ein Ersatz für die aus der Vorkriegszeit bekannte gelbe Organisation.

Auf die schlimme Lage der Lackierer wurde schon hingewiesen. In einem besonderen Abschnitt des Jahrbuches berichtet der Reichsaktionsleiter der Lackierer, Kollege Schwabe, über seine auf diesem Gebiete besonders entfaltete Tätigkeit, die leider auch unter den ungünstigen Verhältnissen litt.

Die Betriebsvertretungen hatten auf Grund der geringen Beschäftigung noch weniger Bedeutung im Maler- und Lackierergewerbe als in den Jahren vorher. Die Zahl der Betriebsräte und auch der Obleute in den Betrieben ist auf Grund der geringen Betriebsbelegschaften gegenüber den Vorjahren stark zurückgegangen. Wichtig ist für alle Betriebsvertretungen ein Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 23. April 1930, des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 26. Februar 1931 und der § 7 Absatz 2 der neuen Unfallverhütungsvorschriften — das Reichsversicherungsamt vertritt gleichfalls diesen Standpunkt —, daß ein Mitglied der Betriebsvertretung bei den Betriebsrevisionsstellen der Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft, der Baupolizei und der Gewerbeaufsicht zugegen sein soll. Unsere Kollegen sollten vorkommendenfalls unbedingt auf ihre Sinzugziehung bestehen.

Die Sozialbetriebe im Malergewerbe litten, wie nicht anders zu erwarten ist, ebenfalls unter den ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen, doch haben sie sich, allgemein gesehen, recht gut gehalten. Die Beschäftigtenzahl zeigte nicht den katastrophalen Rückgang wie in der überwiegenden Mehrzahl privater Betriebe. Auch die Geschäftsergebnisse konnten sich im allgemeinen sehen lassen. In einer Konferenz, die vom Verband sozialer Baubetriebe für die Malereibetriebe zum 20. und 21. April nach Hannover einberufen war, wurde zu allen die Betriebe inter-

essierenden Fragen Stellung genommen. Darüber ist seinerzeit im „Maler“ berichtet worden. — Mit dem Verband sozialer Baubetriebe arbeitet der Verband nach wie vor gut zusammen.

Die Verbandsbildungsarbeit mußte leider in Anbetracht der rückläufigen Verhältnisse eine Einschränkung erfahren. Der Funktionärkursus 1930/31 wurde zwar zu Ende geführt, aber dann im Herbst kein neuer Kursus

Das vorläufige Gesamtergebnis der Reichstagswahl

Wenn auch die genauen Zahlen der Abstimmung heute, Montag morgen, noch nicht vorliegen, so ist doch das Ergebnis schon mit einiger Sicherheit zu deuten. Danach steht fest, daß es der Regierung Papen nicht gelungen ist, eine Rechtsmehrheit im Reichstag zu erreichen. Die Nationalsozialisten haben wohl ihre Stimmzahlen und Abgeordnetenmandate stark erhöhen können; aber selbst unter Hinzurechnung der 36 Mandate der Deutschnationalen Volkspartei und vielleicht noch derjenigen einiger Splittergruppen, reicht die Zahl nicht aus, um eine Rechtsregierung zu bilden. Was aber besonders bemerkt werden muß, ist, daß den Nationalsozialisten auch diesmal ein Einbruch in die marxistische Front völlig mißlungen ist; denn wenn auch die Sozialdemokraten wohl einige Mandate einbüßen werden, so ist doch dafür die Zahl der kommunistischen Abgeordneten gestiegen. Den Kommunisten ist ganz offensichtlich die immer wiederkehrende Drohung der Parteiauflösung gut bekommen; auch der Unterstützungsabbau wird ihnen manchen Wähler zugeführt haben. Die Folge dieser Wahl wird sein, daß eine parlamentarische Regierungsbildung außer Bereich der Möglichkeit liegt, weil ja die kommunistischen Abgeordneten dabei nicht in Rechnung gestellt werden können. Aller Voraussicht nach wird also die jetzige Regierung der Barone vorläufig am Ruder bleiben. Was die Arbeiterschaft davon zu erwarten hat, ist bekannt. Wir lassen nun das vorläufige Gesamtergebnis der Abstimmung folgen und setzen die Stimmen- und Abgeordnetenzahlen der Reichstagswahl vom 14. September 1930 dazu in Vergleich.

	Reichstagswahl		Mandate	
	1932	1930	1932	1930
Sozialdemokraten . . .	7 951 245	(8 575 699)	133	(136)
Nationalsozialisten . . .	13 732 413	(6 380 465)	229	(110)
Kommunisten	5 276 887	(4 590 453)	88	(78)
Zentrum	4 600 295	(4 010 570)	76	(69)
Deutschn. Volkspartei	2 174 071	(2 457 572)	36	(42)
Deutsche Volkspartei	436 337	(1 577 411)	7	(27)
Wirtschaftspartei . . .	146 370	(1 361 747)	2	(21)
Bayrische Volkspartei	1 179 717	(1 175 146)	19	(19)
Deutsche Staatspartei	374 816	(1 322 028)	—	(16)
Christ.-soz. Volksdienst	362 331	(869 766)	—	(21)

Bemerkenswert ist noch, daß die Sozialdemokratie jetzt bedeutend mehr Stimmen erhalten hat, als es nach einer Verrechnung des Stimmresultates der Landtagswahl auf das ganze Reich zu erwarten war. Die Arbeit der Eisernen Front war also nicht vergebens.

begonnen. 20 Kollegen nahmen an einem Vier-Wochen-Kursus in der Bundeschule in Bernau teil, 2 weitere Kollegen an einem Jugendleiterkursus in dieser Schule. Kollege Furfert, Crimmitschau, besuchte die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. Main., Kollege Nehrig, Breslau, nimmt zur Zeit am Fernunterricht der Berliner Wirtschaftsschule teil. Den Kursus der Schule in Sing besuchte der jugendliche Kollege Hilpmann, Dresden.

Das Bild, das die Maler-Internationale 1931 bot, konnte auf Grund der Weltwirtschaftskrise nicht anders sein, als wie es die bisherigen Ausführungen für unsere Organisation zeigten; sie hatte infolgedessen auch einen Mitgliederverlust. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1931 noch 218 492 gegenüber 241 734 am Schluß des Jahres 1930. Von besonderer Bedeutung war die 7. Internationale Konferenz, die am 17. und 18. September in Prag abgehalten wurde. Der Sekretär, Kollege Streine, gab hier den Rechenschaftsbericht. Auch sprach er über: „Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der allgemeinen industriellen Entwicklung“ und „Die Produktionsbedingungen des Maler- und Lackierergewerbes“.

Auch über das Thema: „Internationale Maßnahmen gegen die Berufskrankheiten und Unfallgefahren“ referierte Kollege Streine. Die zu den einzelnen Themen geführten Debatten waren sehr aufschlußreich. Eine Entschlüsselung zum Rechenschaftsbericht und den Punkten 3 und 4 der Tagesordnung fand einstimmige Annahme. Zwei Anträge wurden dem Vorstand als Material überwiesen. Ueber die Änderungen im Vorstand der Malerinternationale haben wir seinerzeit berichtet.

Noch jede Wirtschaftskrise hat den Gewerkschaften einen Mitgliederverlust gebracht. Auch das Jahr 1931 machte davon keine Ausnahme. Unsere Organisation hatte einen Verlust von 6332 Mitgliedern gleich 11 % zu beklagen. Gemessen an der Tatsache, daß über 70 % der Kollegen während des ganzen Jahres arbeitslos waren, hielt sich der Abgang in erträglichen Grenzen. Die Zahl der Neuaufnahmen zeigt einen Tiefstand, der nur noch von den Kriegsjahren unterboten wird. Nachdem nur Kollegen, die in Arbeit stehen, für den Verband gewonnen werden, war die Werbemöglichkeit stark eingengt. Etwas bedenklich stimmt, daß auch die Zahl der organisierten Lehrlinge abgenommen hat, prozentual sogar mehr als die der Vollmitglieder. Gegen ein weiteres Umsichgreifen dieser Tendenz müssen alle erfolgversprechenden Maßnahmen ergriffen werden.

Wenn die Zahl der in Arbeit stehenden Kollegen so gering war, ist es eigentlich selbstverständlich, daß auch die Einnahmen des Verbandes kleiner wurden. Dies geht denn auch aus dem detaillierten Kassenbericht, der in besondere Abschnitte aufgeteilt ist, hervor. Während die Einnahmen der Hauptkasse, ohne den übernommenen Kassenbestand, 1930 noch 2 698 806,27 M betrugten, gingen diese 1931 auf 1 383 615,97 M zurück. Gewiß wurden auch die Ausgaben geringer, aber trotz aller Sparmaßnahmen des Vorstandes doch lange nicht in der gleichen Weise. Sie sanken nämlich nur von 2 507 580,— M im Jahre 1930 auf 1 875 002,21 M im Jahre 1931. Im Berichtsjahre wurde also ungefähr eine halbe Million Mark mehr ausgegeben als eingenommen. Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß vor allem für Unterstützungen, in erster Linie für Arbeitslosenunterstützung, große Summen aufgewendet werden mußten. Wohl betrug das Vermögen des Verbandes am Schluß des Jahres 1931 noch 3 633 543,13 M, ein ansehnlicher Betrag, aber wenn der Verband auch künftig in altgewohnter Weise seine Aufgaben erfüllen soll, wird zeitig genug Vorsorge zu treffen sein, daß dies nicht an den fehlenden Finanzen scheitert.

Wenn nun auch die Zahl der Mitglieder geringer wurde, die Organisations- und Verwaltungsarbeit blieb im bisherigen Umfang bestehen. Nicht nur in der Hauptverwaltung, sondern auch in den Bezirken und Filialen. Wenn trotzdem aus Ersparnisgründen eine Verminderung der Beschäftigten, besonders der weiblichen Hilfskräfte und der angestellten Kassierer erfolgte, so geht schon allein daraus hervor, daß die verbliebenen Angestellten außerordentlich stark in Anspruch genommen wurden. Wie die Dinge liegen, wird das auch weiterhin geschehen müssen. Bei der unbedingten Notwendigkeit zur Reduzierung der Ausgaben wurde auch eine wiederholte Behaltskürzung vorgenommen. Der Vorstandsvorstand prüft zur Zeit noch weitere Wege, um wirksam zu sparen; da aber, wenn die Organisation intakt bleiben soll, dafür das Bestehen und Funktionieren eines eingespielten Apparats unbedingt erforderlich ist, wird ein weiterer Abbau von Kräften sehr zu überlegen sein. Zweimal wurden im Laufe des Jahres 1931 alle organisatorischen Fragen mit den Bezirksleitern besprochen, außerdem beschäftigten sich auch die zwei Beiratsitzungen neben anderem Beratungsstoff eingehend mit diesen Problemen.

Im Jahrbuch ist detailliert aufgezeigt, welche Arbeit in der Hauptverwaltung, in den Bezirken und Filialen geleistet wurde und wird, wenn es auch selbstverständlich nicht möglich ist, alle Einzelheiten zu erwähnen.

Auch über die Verbandszeitschriften wird wieder in einem besonderen Abschnitt berichtet. Schon in ihrer Auflage spiegelt sich die rückläufige Entwicklung in der Organisation wider. Es gilt dies für den „Maler“.

die „Malerjugend“, den „Lackierer“ und auch für das „Fachblatt für Maler“. Im übrigen haben die Organe in gewohnter Weise alle Gebiete behandelt, die für die Kollegenchaft von Interesse sind. Der langjährige, erfolgreiche Schriftleiter des „Maler“, Kollege Mark, trat befanntlich auf der Generalversammlung in Breslau von seinem Posten zurück.

Ueber die Tätigkeit der Bezirksleitungen und Filialverwaltungen, mit besonderer Berücksichtigung ihrer Interessenvertretung von Kollegen vor den Tarifinstanzen und Arbeitsgerichten, wurde in einem besonderen Artikel im „Maler“ Nr. 29 berichtet.

Den Tagungen des Verbandsbeirats sowohl als dem Verlauf der Generalversammlung in Breslau sind Abschnitte des Jahrbuches gewidmet. Nachdem aber darüber im „Maler“ ausführlich berichtet wurde, glauben wir, darauf an dieser Stelle verzichten zu können.

Wie in jedem Jahr, wird auf einigen Seiten des Jahrbuches die Entwicklung der Arbeitgeberverbände und der übrigen Gehilfenorganisationen geschildert. Dabei wird auch auf die innerorganisatorischen Schwierigkeiten, die im Reichsbund des deutschen Maler- und Lackierhandwerks entstanden, hingewiesen. Besonders stark machte sich die Opposition in Hamburg bemerkbar, aber es rumorte so ziemlich in allen Landesverbänden, am meisten wohl im Südwesten Deutschlands. Auch der Gau Brandenburg rebellierte, und es scheint noch nicht sicher zu sein, ob er auf die Dauer beim Reichsbund verbleibt. Auf allen Tagungen der Landesverbände beschäftigte man sich vornehmlich mit der Schwarzarbeit, der Schmuckkonkurrenz und den Lehrlingsfragen. Mit dem Bund Deutscher Dekorationsmaler kam eine Annäherung nicht zustande, im Gegenteil hat es den Anschein, als wenn diese Organisation die Zwistigkeiten im Reichsbund nicht ungern sieht. So machte sich der Bund in vielen Fällen direkt zum Sprachrohr der Opposition.

Das Jahrbuch bringt auch wieder einige Angaben über den Mitgliederstand und die Vermögensverhältnisse des Zentralverbandes christlicher Maler und verwandter Berufsangehöriger. Sie zeigen, daß auch diese Organisation unter der Ungunst der Verhältnisse erheblich zu leiden hatte. Auch auf die „Erfolge“ der Kommunisten und Nationalsozialisten in bezug auf ihre Gewerkschaftsarbeit wird eingegangen.

Dieser Artikel bringt nur einen kurzen Auszug aus dem reichen Inhalt des Jahrbuches für 1931. Es läßt sich aber schon daraus, in Verbindung mit dem Leitartikel in Nummer 28 des „Maler“, „Unsere Lohn- und Tarifbewegungen im Jahre 1931“, erkennen, wie wichtig die Lektüre des Jahrbuches für alle Kollegen ist, besonders für jene, die regen Anteil am Verbandsleben nehmen. Alle Funktionäre unseres Verbandes sollten sich auch das Jahrbuch für 1931 sichern, weil es für sie eine Fundgrube wichtigen Materials für ihre gewerkschaftliche Tätigkeit ist. Die Kollegen sind imstande, an Hand des hier Aufgezeigten, allen Gegnern der Organisation mit einwandfreien, nicht zu widerlegenden Tatsachen zu dienen und den Anorganisierten die Erfolge unserer Tätigkeit vor Augen zu führen. Trotz, oder vielleicht gerade wegen der zur Zeit tobenden heftigen politischen Kämpfe sollte die Arbeit der eigenen Organisation weitgehendste Beachtung finden.

Kunst ins Ausland

Maler (einem Freund sein letztes Bild zeigend): „Siehst du, und für dieses Bild hat mir gestern ein Amerikaner 2000 M. geboten.“

Freund: „500 M. würde auch ich dir dafür geben.“

Maler (schnell): „Na, alter Junge, da hast du es. Weist du, ich habe es gar nicht gerne, wenn die Kunst ins Ausland kommt.“

Die Wirtschaftskrise, der Lohn- und Unterstützungsabbau, dazu die politische Zerfahrenheit in Deutschland sollte auch den letzten indifferenten Kollegen von der Notwendigkeit seiner Zugehörigkeit zu seinem Berufsverbände überzeugen.

Klärt die Kollegen auf und werbt unermüdetlich für den Verband!

Die Schwierigkeit der Funktionärarbeit in der Wirtschaftskrise

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Funktionäre der Gewerkschaften zur Zeit einen schweren Stand haben. Wie einfach und dankbar war doch ihre Arbeit, solange eine gute beziehungsweise annehmbare Konjunktur herrschte und die Gewerkschaften für jeden sichtbare Erfolge in Form von Lohnerhöhungen buchen konnten. Die organisatorischen Erfolge stellten sich fast von selbst ein; denn die indifferenten Arbeiter hatten ja einen überzeugenden Beweis von dem Vorteil, der mit der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation verbunden war; denn neben den Lohnerhöhungen erhielten die Mitglieder in vorkommenden Fällen auch noch ansehnliche Unterstützung. Die Organisation nahm zahlenmäßig zu, es herrschte im allgemeinen ein guter Geist, weil die Einkommensverhältnisse einigermaßen zufriedenstellend waren. Auch dem Funktionär gönnte man wohl ein freundliches Wort.

Die Zeiten haben sich leider in den letzten Jahren sehr geändert. Die Konjunktur ließ immer mehr nach, eine Arbeitslosigkeit in nie gekanntem Umfange setzte ein und die Gewerkschaften, stark von der Krise in Mitleidenschaft gezogen, mußten manches Unangenehme in Kauf nehmen. Besonders war es ihnen nicht möglich, den Lohnabbau völlig abzuwehren. Nun kann naturgemäß auch keine Rede davon sein, daß die Löhne unbedingt immer die einmal erreichte Höhe behalten müssen, auch dann, wenn durch das Fallen aller Preise der Lebenshaltungsindeks fällt; aber der einzelne sieht eben doch vorläufig nur die Lohnsenkung und nicht die Tatsache, daß es den Gewerkschaften trotzdem möglich war, den Reallohn zu erhalten. Aber auch dann, wenn in Zeiten großer Krisen die Senkung größer sein sollte als der Preisrückgang, dürfte dies den Arbeiter nicht in seiner gewerkschaftlichen Überzeugung irritieren. War es nicht früher, als es noch keine Gewerkschaften gab, oder als sie erst in ihren Anfängen bestanden noch viel schlimmer? Gingen nicht, als Tarifverträge noch nicht vorhanden waren, in jedem Herbst die Löhne zurück, trotzdem die Preise nicht sanken, im Gegenteil sogar oft anstiegen? Es wird leider viel zu wenig bedacht, wie stark der Abbau der Löhne und Gehälter sein würde, wenn nicht die Gewerkschaften als Hemmschuh dienten. Die ungeheurer weitgehenden Lohnabbauforderungen der gesamten Unternehmer und auch der Arbeitgeber im Malergewerbe gelegentlich der letzten Lohnverhandlungen sollten eigentlich allen Kollegen die Augen geöffnet haben. Die Arbeitgeber wissen auch die Tätigkeit der Gewerkschaften, gerade auf dem Gebiet der Lohngestaltung, zumeist sehr gut zu würdigen. Natürlich werden die Dinge von ihnen so dargestellt, als wenn die Gewerkschaften den Kampf um die günstigste Lohngestaltung nur um ihrer eigenen Existenz willen führen, die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen und die hohen Löhne aber zum Schaden der Gesamtwirtschaft sind. Die Arbeiter sollten auf diese Redensarten aber am wenigsten hereinfallen; denn sie müssen wissen, daß der Kampf der Gewerkschaften für die soziale Besserstellung der Arbeitnehmer im wahrsten Sinne des Wortes ein Kulturkampf ist, der als Antrieb zur wirtschaftlichen und sozialen Höherentwicklung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Der Funktionär hat jetzt nicht nur gegen die Indifferenten zu kämpfen, auch manche Mitglieder lassen ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen an dem Vertrauensmann der Organisation aus. Gerade jene, die noch nie mehr für die Organisation getan haben als ihre Beiträge zu zahlen, pflichten oftmals den Nörglern aus

den indifferenten Kreisen bei und bemängeln die Tätigkeit der Gewerkschaften beziehungsweise zweifeln an deren gerechten und ehrlichen Bestrebungen zum Wohle der Mitglieder. Wenn schon die älteren Gewerkschafter sich beratt verhalten, braucht es niemand zu wundern, wenn nun auch die Jungen das vielleicht erst vor kurzem erworbene Vertrauen zur Organisation wieder verlieren und die Reihen des Verbandes verlassen.

Die schlechte Stimmung der Mitglieder und Arbeitskollegen beeinflusst leider auch leicht die Funktionäre. Sie verlieren die Lust und den Mut, noch für die Organisation einzutreten, meist mit der Begründung, daß ja vorläufig nichts zu machen ist. Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß es heute schwer ist für den Verband zu wirken und neue Mitglieder für ihn zu werben, so wäre es doch grundfalsch, die Dinge treiben zu lassen. Im Gegenteil, die Vorkommnisse der letzten Monate auf wirtschaftlichem und auch auf politischem Gebiet sollten jedem Kollegen die Notwendigkeit zur Erhaltung starker gewerkschaftlicher Organisationen vor Augen geführt haben. Was den Gegner einer freien Entwicklung in Deutschland heute noch veranlaßt, vorsichtig zu sein und mit dem Letzten zu warten, sind doch nur die großen Organisationen der Arbeiterschaft, besonders auch der Gewerkschaften, über deren Widerstandskraft sie sich keiner Täuschung hingeben und von der sie gelegentlich des Kapp-Putsch eine Probe erhielten.

Die Gewerkschaften befinden sich heute ohne Zweifel in der Defensive, aber auch darin kann das Interesse der Arbeiterschaft wahrgenommen werden. Es gilt, die Organisationen kampffähig über diese schwere Zeit hinwegzubringen und dafür Sorge zu tragen, daß nach Eintritt besserer Zeiten das verlorengegangene Terrain zurückerobert werden kann. Dazu ist aber nicht nur die aufopfernde, hingebungsvolle Arbeit der Funktionäre notwendig, die im allgemeinen erfreulicherweise trotz aller Hemmnisse, die ihrer Arbeit entgegenstehen, noch vorhanden ist, sondern jedes einzelne Mitglied sollte, anstatt den doch selbst gewählten Vertrauensleuten der Organisation Schwierigkeiten zu bereiten, sie in ihrer oft undankbaren Arbeit unterstützen. Bewährt sich auch hier der Geist echter Kameradschaft und Solidarität, wird der Erfolg bestimmt den Erwartungen entsprechen.

Neue Richtlinien für die vorstädtliche Kleinsiedlung

Zur Fortsetzung der vorstädtischen Kleinsiedlung sind weitere 25 Millionen Mark von der Reichsregierung bereitgestellt worden. Mit den im Herbst 1931 bewilligten 48 Millionen Mark für den gleichen Zweck sind rund 18 000 Siedlerstellen geschaffen worden. Die für den ersten Bauabschnitt festgelegten Richtlinien sind für den neuen Bauabschnitt „wesentlich geändert worden“.

Die bisherige Genehmigung der Anträge durch die Reichszentralstelle (Reichszielungs-Kommission) ist weggefallen. Neue Anträge werden nunmehr von den Länderregierungen genehmigt, die ihrerseits nachgeordnete ersten Bauabschnitt festgelegten Richtlinien wurden für den neuen Bauabschnitt „verschiedentlich geändert“.

Als Siedler kommen nur Erwerbslose oder Kurzarbeiter in Frage, die sich freiwillig melden und während einer von den Trägern der Siedlung zu bestimmenden Mindestzahl von Arbeitstagen an der Aufschließung des Geländes oder an der Errichtung der Baulichkeiten mitgearbeitet haben. Sie oder ihre Familienangehörigen müssen für die Bewirtschaftung der Stelle geeignet sein. Besonders bevorzugt sollen langfristige Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und kinderreiche Familien werden.

Die Siedlerstellen müssen so groß sein, daß die Beschaffung des Lebensunterhalts für die Familien der Erwerbslosen durch den Ertrag der Grundstücke wesentlich erleichtert wird, so daß in absehbarer Zeit die öffentlichen Fürsorgelasten für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen gesenkt werden können. In der Regel sollen die einzelnen Stellen nicht unter 600 und nicht über 5000 qm groß sein.

* Richtlinien für den zweiten Abschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose. Reichsarbeitsblatt Teil I Nr. 19 Seite 133.

Als Walzender und Bauarbeiter in Nordafrika

Nach zehnmönatiger Walztour vom Norden Deutschlands nach dem Westen, durch Oesterreich nach Wien zur Olympiade der Sozialistischen-Sport-Internationale, ging es mitten durch Jugoslawien über die Adria nach Süditalien und Sizilien. Unsere Sehnsucht nach Afrika wurde befriedigt, indem wir glücklich das Mittelmeer von Syrakus nach Tripolis überquerten. Nach Ueberwindung unendlicher Strapazen kamen wir eines späten Abends müde, erschlagen und ausgepumpt in Tunis an. Zu unserer Freude erfuhren wir, daß sich dort beim Bau eines Getreideerhebers, wenn auch außerberuflich, Arbeit bot.

Wir vier Kunden, zwei Österreicher, ein Wiener und ich, ein Leipziger, träumten bereits davon, uns wieder einmal fast offen und in einem Bett schlafen zu können. Am nächsten Tage fanden wir auch schon vor dem Neubau bei dem Bauleiter mit Erfolg nach Arbeit fragend. Als wir uns zu Arbeitsbeginn nach der Höhe der Entlohnung erkundigten, wurde uns die Antwort zuteil, wir sollten zunächst einmal zeigen, was wir leisten könnten. Die Zustände, die wir dort sahen, ließen unsere Arbeitseifer merklich schwinden. Die meisten Beschäftigten waren Italiener und Araber. Aber auch 10 Deutsche, in der Mehrzahl Vertragsarbeiter aus dem Saargebiet, waren beschäftigt. Außerdem alle übrigen Menschergassen, auch mehrere Legionäre, deren körperlicher und geistiger Gesundheitszustand erschütterter war. Auch sie verrichteten die arbeitsmäßigsten Arbeiten. Für Gesundheits- und Unfallversicherung wurde nicht gesorgt. Es wurde auch dann weitergearbeitet, wenn Lebensgefahr bestand, obwohl Abhilfe leicht möglich gewesen wäre. Eine Antreiberei

schlimmster Art herrschte. Schimpfworte und die ordinärsten Ausdrücke schwirrten den ganzen Tag durch die Luft. Am schlimmsten erging es Arabern, Negern und Italienern, die nicht selten sogar Prügel erhielten. Uns gewiß nicht zimperlichen Kunden stieg ein Ekel auf. Bei schwerster Arbeit hatten wir die ganze Woche gehungert. Nur die Hoffnung, daß dies mit der ersten Lohnzahlung ein Ende nehmen würde, gab uns Kraft zum Durchhalten.

Groß war aber die Enttäuschung, als wir unsern ersten Lohn ausgezahlt bekamen. Der Stundenlohn betrug 2,75 Frank (1 Frank = 16 Sch.). Diese Bezahlung war gegenüber den Lebenshaltungskosten ganz erbärmlich. Brot und Eier waren die einzigen Lebensmittel, die sich im Preise mit denen in Deutschland ziemlich gleich standen. Fleisch, Wurst, Konserven und Kartoffeln, die meistens aus Frankreich importiert werden, standen im Preise bedeutend höher als in den europäischen Ländern. Ein Pfund gewöhnliche Wurst kostete zum Beispiel 10 Frank. Ebenso verhielt es sich mit den Quartieren. Nur dadurch, daß wir vier zusammen ein Zimmer mieteten und zu zweit in einem Bett schliefen, kamen wir etwas billiger weg, bezahlten aber immer noch für eine Person pro Tag 5 Frank. Trotz neunständiger Arbeitszeit konnten wir uns nichts leisten und nur leidlich über Wasser halten. Oft kamen Regentage dazwischen, an denen wir nicht arbeiten konnten, und an denen wir wegen des Lohnausfalles auf den im Hafen liegenden Schiffen um Essen betteln mußten. Dies alles waren die unwürdigen Folgeerscheinungen der Tatsache, daß es unter diesen Arbeitern, wie dort zu Lande fast allgemein, an jeglicher gewerkschaft-

lichen Organisation fehlte. Aus diesem Grunde auch mußten wir, die wir uns mit dem niedrigen Lohn nicht zufrieden geben wollten, als einzelne unser Glück versuchen. Aber unser Drängen auf Lohnerhöhung lehnte der Bauleiter rundweg ab, bot uns jedoch als Mittel den Lohn zu steigern. Akkordarbeit an. Die Durchsetzung unserer Forderungen, darunter auch menschenwürdige Behandlung, scheiterte an der fehlenden Unterstützung der andern Arbeiter. Die Tatsache, daß radikale Elemente wie Anarchisten und Sozialisten, manchmal aber in entscheidenden Momenten auch Kommunisten, versagen, zeigte sich auch hier wieder. Um uns ein besseres Dasein zu schaffen und ein paar Pfennige zur Weiterreise sparen zu können, nahm ich unter diesen Umständen notgedrungen, mit einem meiner Kumpel einen Akkord an. Wir bekamen aber nur unsern wöchentlichen Lohn weiter ausgezahlt mit der Bemerkung, daß wir am Ende der fraglichen Arbeit die Abrechnung erhalten würden. Als die Zeit der Abrechnung da war, erlebten wir nochmals eine Enttäuschung. Der vereinbarte Lohn wurde uns um ein Drittel gekürzt. Auch dieser willkürlichen Maßnahme standen wir leider machtlos gegenüber. Wir waren jedoch froh, daß wir wenigstens die Schiffsfahrtskosten bis Marseille zusammenbekamen und schätzten uns glücklich, als wir wieder europäischen Boden unter den Füßen hatten. Aus diesen und andern gemachten Erfahrungen kann ich arbeitssuchenden Wanderern nicht empfehlen, die Schritte nach Nordafrika zu tun. Vor allem auch keinem Maler; denn er würde dort nur unter den unwürdigsten Verhältnissen leben können.

Das einzelne Siedlungshaus muß nachstehende Mindestraumzahl und Mindestraumgröße aufweisen:

- 1. Wohn- und Kochraum 14 qm
- 2. Elternschlafraum 12 "
- 3. Kinderschlafraum 8 "
- 4. mindestens ein weiterer Schlafraum bei Familien mit vier und mehr Kindern 8 "
- 5. Wirtschaftsstur (zum Abstellen, Waschen, Futterlösen usw.) 6 "
- 6. Kleintierstall 6 "
- 7. Keller 8 "
- 8. Abort.
- 9. Futterboden.

Als Bauform wird das eingeschossige Einfamilienhaus mit ausbaufähigem Dachgeschoss als Einzel- oder Doppelhaus bevorzugt. Wohnlauben, Veranden oder sonstige Primitivbauten dürfen mit Reichsdarlehen nicht gefördert werden. Zum Bau sollen nur inländische Baustoffe verwendet werden. Bei Massivbauten muß das Mauerwerk aus Normalvollsteinen mindestens 25 Zentimeter, mit Luftisolierung mindestens 30 Zentimeter stark sein. Bei Holzbauten gelten die vom Normenausschuß aufgestellten Quallitäten. Normen für Holzhäuser, Blockhausbauten sind aus 7 Zentimeter starken Bohlen zulässig.

Die Kosten für den Aufbau und die Einrichtung einer Stelle dürfen ausschließlich Grunderwerb 3000 M nicht übersteigen. Ein Teil dieser Kosten soll durch die eigene Arbeit der anzustellenden Erwerbslosen aufgebracht werden. Zur Deckung des Restbetrages gewährt ihnen das Reich Darlehen bis zum Höchstbetrag von 2500 M je Stelle. Für jede Siedlerstelle, in der eine kinderreiche Familie mit vier und mehr im elterlichen Haushalt lebenden Kindern untergebracht wird, wird entweder für die ersten drei Jahre ein Zinsnachlaß von jährlich 40 M oder ein einmaliger Baukostenzuschuß von 120 M gewährt.

Die bisherige starre 3000-M-Grenze für die Baukosten kann jetzt überschritten werden, und zwar bis zu 500 M. Voraussetzung dafür ist, daß die Beschaffenheit des Siedlungsgebietes, die Geländeauflösung oder die Wasserversorgung besonders hohe Kosten erfordern oder die Größe der Familie oder der Beruf des Siedlers eine Vergrößerung des Bauvorhabens notwendig machen.

Bei gleichzeitigem Vorliegen je einer dieser Voraussetzungen kann eine Überschreitung der Höchstkosten bis zu 1000 M zugelassen werden. Voraussetzung der Zulassung einer Überschreitung der Höchstkostengrenze ist in jedem Falle, daß die Gesamtbelastung des Siedlers trotz der höheren Baukosten 25 M monatlich nicht übersteigt.

Die jährliche Belastung des Siedlers mit Zins und Tilgungsrate für das Baukapital einschließlich des Darlehens aus Reichsmitteln darf folgende Sätze nicht überschreiten:

bei einem Reichsdarlehen bis zu 2500 M	3000 M
und einer Baukostenhöhe bis zu 3000 M	140 "
	3500 " 180 "
	4000 " 220 "
	165 "
	205 "

Nach den Richtlinien können jetzt auch Einzelsiedler Reichsdarlehen erhalten. Es wird sich hierbei insbesondere um Personen handeln, die das erforderliche Baugeld bereits besitzen. Die Entscheidung, ob Einzelsiedler mit Reichsdarlehen bedacht werden, ist den Gemeinden überlassen. In den meisten Fällen werden jedoch wohl die Gemeinden schon aus Gründen der größeren Wirtschaftlichkeit (geringe Kosten beim Bau von Versorgungsleitungen und Straßen) sich für die Finanzierung von Gruppen-siedlungen entscheiden.

Träger des Siedlungsvorhabens sind die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Auswahl geeigneter Siedler ist Sache der Träger in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern und den öffentlichen Fürsorgestellen.

Für Auskunft in Siedlungsangelegenheiten und für die Einreichung der Anträge zur Gewährung von Reichsdarlehen sind die Gemeinden bzw. Gemeindebehörden zuständig.

Die Instandsetzung von Wohngebäuden mit Hilfe des Reiches

Das Reichsarbeitsministerium hat am 20. Juli in Verfolg des allerdings weitergehenden Arbeitsbeschaffungsprogramms des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats und des Erlasses des Reichsarbeitsministers Stegerwald in der gleichen Frage Bestimmungen über die Gewährung von Zinszuschüssen des Reiches für die Instandsetzung von Wohngebäuden und die Teilung von Wohnungen erlassen.

Daneben können Eigentümern, die zu den vorgenannten Zwecken Darlehen im Betrage über 1000 M aufgenommen haben, Zinszuschüsse zur Verzinsung des Darlehens gewährt werden. Der Zinszuschuß wird einmalig gewährt und beträgt 10 % des Darlehens. Die Zuweisung erfolgt nach Fertigstellung der Arbeiten. Zuschüsse kommen aber nur in Frage für Arbeiten in Häusern, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig waren. Außerdem müssen die Arbeiten in der Zeit vom 1. Juli 1932 bis zum 1. April 1933 begonnen sein. Bei Darlehen aus öffentlichen Mitteln wird ein Zinszuschuß nicht gegeben. Für den Nachweis des aufgenommenen Darlehens sowie der aufgewendeten Kosten gelten besondere Bestimmungen.

Als Instandsetzungsarbeiten in Wohngebäuden im Sinne der Verordnung kommen in Frage: Erneuerung der Dachrinnen und Abflußrohre, Umdecken des Daches, Abzug oder Anfrisch des Hauses im Außen, Neuanfrisch des Treppenhauses, Erneuerungen der Heizanlagen, Beseitigung von Hauschwamm und ähnliche außerordentliche, einen größeren Kostenaufwand erfordernde Instandsetzungsarbeiten. Enthält ein Gebäude neben Wohnungen auch gewerbliche Räume, so gilt es als Wohngebäude, wenn es überwiegend Wohnzwecken dient.

Bei Teilung von Wohnungen werden Zinszuschüsse gewährt, wenn durch solche Teilungen in sich abgeschlossene Wohnungen erzielt werden, also sowohl eigene Küche und Nebenräume und eigenen Zugang haben.

Neben der Leistung von Zinszuschüssen ist das Reich bereit, in den Fällen, wo das für größere Instandsetzungsarbeiten notwendige Kapital nur auf Wechselgrundlage

Die Liquidation der Reparationen



Forderungen der Alliierten in Kapitalwert bei 5% (Für die nicht bestimmten Forderungen ist die Liquidation des Vermögensplans angenommen worden)

nationalen Kapitalmarkt nach 1935 alle deutschen Schuldverschreibungen unterzubringen, so würde sich später noch eine zusätzliche Belastung von jährlich höchstens 180 Millionen Mark ergeben.

beschafft werden kann, Bürgschaften zu übernehmen. Mit der Übernahme der Bürgschaften sollen dazu besonders geeignete Bankinstitute betraut werden. Nachdem bereits in mehreren Ländern für Instandsetzungsarbeiten in Wohngebäuden Zinszuschüsse, zum Teil selbst die notwendigen Kapitalien und Steuererleichterungen gewährt werden, ohne damit bei den Hausbesitzern einen besonderen Reparaturwillen zu erwecken, dürfte der Erfolg des neuesten Erlasses auch recht gering bleiben. Das ist im Interesse der hunderttausende arbeitslosen Bauarbeiter außerordentlich zu bedauern. Zu bedauern ist aber auch, daß der Erlaß die Instandsetzungsarbeiten in den Wohnungen selbst von der Zuschußgewährung ausnimmt und es somit anscheinend den Mietern überlassen bleiben soll, bei dem im Verhältnis zu den gesunkenen Einkommen viel zu hohen Mieten auch noch die Renovierungskosten für die Wohnungen zu tragen.

Was wird aus der Jugend?

Es ist zu begrüßen, daß im „Maler“ auch zu dieser Frage Stellung genommen wird — und es ist zu hoffen, daß es eine fruchtbringende Diskussion gibt. Unsere Gegner haben es nur zu gut verstanden, einen Teil der Jugend mit verlogenen Behauptungen zu ködern. Sehen wir uns sämtliche Organisationen, die sich auch mit der Jugendfrage beschäftigen, an. Sie vertreten alle den Grundtag: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Es ist zu verstehen, daß ein Teil der Jugend, der noch keine feste politische Überzeugung besitzt, der aber trotzdem eine bessere Zukunft erstrebt, nicht im Klaren ist, wem er folgen soll, welches der richtige Weg ist, um möglichst schnell in bessere Lebensbedingungen zu kommen. Aber heute sollte sich die Jugend nicht allein durch Schlagwörter in irgendeine politische Bewegung ziehen lassen. Sie soll und muß Taten verlangen, Taten, die in diesem politischen Wirrwarr für die Zukunft der Jugend vollbracht werden. Die Nazis haben es nur deshalb fertiggebracht, die Jugend zu fangen und politisch zu vernebeln, weil sie sich nach einer besseren Zukunft sehnten. So ist leider auch vielen jugendlichen Arbeitern das angebliche Wollen der Nazis schon Garantie für einen Aufstieg. Die Schlägereien, ja, sämtliche politischen Verbrechen stoßen die Jugend nicht ab, sie betrachtet sie als Opfer, die für eine baldige bessere Zeit gebracht werden müssen. Gegenüber den Nazis aber können die Gewerkschaften mit Taten für die Jugend aufwarten. Sie müssen der Jugend deutlich gemacht, in den rechten Zusammenhang gebracht — und sie müssen durch und mit der Jugend vermehrt werden. Oft wird gefragt, was wird aus der Jugend? Die Frage aber heißt: „Was droht der Jugend?“ Und alle wissen, daß der Jugend das denkbar Schwärzeste bevorsteht: Faschismus, Arbeitsdienstpflicht und neuer Krieg. Die großen Gefahren mit allen Mitteln zu bekämpfen, das ist unsere Pflicht, Pflicht aller derer, die für die notleidende Jugend noch etwas übrig haben und ihnen helfen wollen, den Weg zu besseren Tagen wieder frei zu machen. Das Gut der gewerkschaftlichen Organisation ist Bürge einer besseren Zukunft, und in dieser Organisation muß Raum sein für das Wollen und die Tätigkeit der Jugend.

Erich W ä h n e r, Liegnitz.

Rücksichtslosigkeit

Ein Beispiel von Rücksichtslosigkeit, wie es keine Nachahmung finden sollte, bietet ein Bericht über eine Eignungsprüfung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Laktierbetriebe Schleswig-Vollsteins, S. 15 der „Deutschen Laktierer-Zeitung“. Warum in einem solchen Bericht, wo Prüfungsergebnisse über Diktat, Aufsatz, Lesen, Rechnen und über Charakter, Ordnungsliebe und Körperkonstitution in aller Breite und Genauigkeit mitgeteilt werden — warum dabei Name und genaue Adresse der Prüflinge — Volksschüler, die einen Beruf ergreifen wollen! — mitgeteilt werden müssen, ist vollkommen unerfindlich. So ist es das in keiner Weise begründet. Eine neutrale Benennung hätte den gleichen Zweck erfüllt. So aber ist jetzt einer breiten Öffentlichkeit bekanntgegeben, welche mehr oder minder guten Zeugnisse eine hohe Prüfungskommission der Wirtschaftlichen Vereinigung der Laktierbetriebe Schleswig-Vollsteins zu geben geruht (und sie sind meistens wenig gut). Es besteht jedenfalls die Möglichkeit, daß sich das für einige der Prüflinge nachteilig auswirken kann, zumal von den fünf mit Name und Adresse benannten Prüflingen einer als ungeeignet und einer als kaum geeignet befunden wurde. Wir möchten wünschen, daß man in Zukunft bei solchen an sich dankenswerten Berichten auch ein wenig an die menschliche Seite denkt. Dem Gedanken der Eignungsprüfung dürfte damit aus naheliegenden Gründen mehr gebüht sein.

Zum Lausanner Abkommen.

Mit dem Vertrag von Lausanne soll unter der Voraussetzung, daß er von den wichtigsten Vertragspartnern ratifiziert wird, das Reparationsproblem seiner endgültigen Lösung zugeführt werden. Nach langem, zähen Kampfe wäre somit ein bedeutender Schritt zur Bereinigung der Weltwirtschaft von den Kriegesfolgen getan. Eine der wichtigsten Ursachen der Vertrauenskrise in der Weltwirtschaft dürfte mit der Ratifizierung dieses Abkommens beseitigt sein. Nach dem Lausanner Abkommen hat das Deutsche Reich eine Ausgleichszahlung von 3 Milliarden Mark übernommen, die ab 1935 nur dann in Schuldverschreibungen ausgegeben werden darf, wenn für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Währung durch die Emission keinerlei Schwierigkeiten entstehen. Bis zum Jahre 1935 wurde dem deutschen Volke eine Schonfrist gewährt, während deren Gültigkeit vorbestimmte neuer Verhandlungen, nur etwas über 200 Millionen Mark jährlich als Dienst für die Dawes- und Younganleihe, für das belgische Markabkommen und für das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen zu zahlen sind. Wenn es möglich sein sollte, auf dem internationalen Kapitalmarkt nach 1935 alle deutschen Schuldverschreibungen unterzubringen, so würde sich später noch eine

Ein Sieg der belgischen Arbeiterkraft

Die belgischen Arbeiter hatten einen schweren Kampf zu führen. Dieser mußte unter den schwierigsten Verhältnissen ausgefochten werden. Es gibt in diesem kleinen Land mehr als 300 000 Arbeitslose, und obwohl sich Belgien in der Krise widerstandsfähiger erwies als die meisten andern Industrieländer, so hat sich die Krise auch in diesem Land in letzter Zeit sehr verschärft. Die streikenden Bergarbeiter von Borinage und die Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie im Bezirk Charleroi, die in Sympathiestreik mit den Bergarbeitern traten, mußten gegen zwei Fronten kämpfen, gegen die Unternehmer und gegen die Regierung. Die Unternehmer wollten Lohnherabsetzungen durchführen, obwohl die belgischen Bergarbeiterlöhne wirkliche Hungerlöhne sind. Auch weigerten sie sich, die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten durch Arbeitsfreisetzung auf eine größere Zahl von Arbeitern zu verteilen. Gleichzeitig drohte aber die Erhöhung des Brotpreises und die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung durch Verschärfung der Unterstütsungsbedingungen. In Belgien herrscht das sogenannte Center System der Arbeitslosenunterstützung, bei dem die Gewerkschaften ihre Mitglieder unterstützen und zu diesem Zweck vom Staat Zuschüsse erhalten. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften erklärten sich mit den Streikenden solidarisch und übernahmen die Streikführung. Die Arbeiterkraft hat sich gegen die Unternehmer, die den Widerstand der Arbeiter mit Streikbrechern beseitigen wollten und die durch das Aufgebot der Gendarmen und durch Militär unterstützt wurden, gekämpft. Die Ankündigung des Generalstreiks für ganz Belgien stand bevor. Der unerwartetliche Kampfwille der belgischen Arbeiterkraft führte zu einem vollen Sieg. Zuerst verpflichteten sich die Bergwerksbesitzer, dann die übrige Schwerindustrie, die Löhne bis Mitte November nicht zu senken. Es gelang auch, die Gefahr der Brotverteuerung und die Senkung der Arbeitslosenunterstützung abzuwehren und bindende Zusagen für eine Arbeitszeitverkürzung zu erhalten.

Wichtig für Schwerbeschädigte

Eine erfolgreiche Klage wurde von unserer Filiale Dresden gegen die Firma „Rheostat“ in Dresden geführt. In dieser Firma wurde seit längerer Zeit nur 5 Tage in der Woche gearbeitet. Ein bei uns organisierter Laktiererkollege, der bei dieser Firma als Schwertriegsbeschädigter beschäftigt ist, durfte mit noch andern Schwertriegsbeschädigten nur an drei Tagen in der Woche arbeiten. Während die andern Schwerbeschädigten sich gegen diese Benachteiligung den andern Arbeitern gegenüber nicht rührten, klagte unser Kollege durch den Verband auf Lohn für die ausgefallenen Tage. Die Firma behauptete nun, daß zwischen ihr und der Betriebsvertretung vor dem Gewerbeaufsichtsamt eine Vereinbarung getroffen worden sei, wonach sie ermächtigt sei, die Arbeitszeit bis auf drei Tage zu verkürzen, um Entlassungen zu vermeiden. Da das Reichsarbeitsgericht in einem Urteil entschieden habe, daß auch die Arbeitsverträge von Schwerbeschädigten unter Betriebs- oder Tarifvereinbarungen zu fallen hätten, müsse sich der Schwerbeschädigte die weitere Kurzarbeit gefallen lassen und beantragte Klageabweisung. Nun hat aber das Reichsarbeitsgericht in einem Urteil vom 7. Februar 1930 (RAG. 383/30) gesagt, daß der Sinn des Schwerbeschädigtengesetzes sei, daß eine Verringerung des Arbeitsvertrages von Schwerbeschädigten zu ihrem Nachteil nur auf dem Wege einer Kündigung mit Genehmigung der Hauptfürsorgestelle möglich ist und in einem weiteren Urteil (RAG. 248/30) sagt es, daß der Schwerbeschädigte den Arbeitsbedingungen der andern Arbeitskollegen gleichzustellen ist.

In dem Betrieb der Beklagten war es nun so, daß von 120 Arbeitern etwa 25 Arbeiter, darunter der Kläger, drei Tage arbeiteten, daß die übrige Belegschaft aber fünf Tage beschäftigt war.

Zunächst war sich das Gericht nicht klar und befragte die Hauptfürsorgestelle, die unserer Ansicht recht gab und betonte, daß bei einigermaßen gutem Willen der Beklagten eine Beschäftigung des Klägers an fünf Tagen zugemutet werden könne. Auf dem gleichen Standpunkt stand auch der Betriebsratsvorsitzende, der die Vereinbarung über die Kurzarbeit getroffen hatte.

Zweifelloso lag auch eine gewollte Benachteiligung des Klägers vor, da er durch verschleierte Beschwerden über Mißstände in der Laktiererei die Firma geärgert hatte.

Das Arbeitsgericht stellte sich schließlich auf unsern Standpunkt und verurteilte die Firma auf Lohnzahlung

für die ausgefallenen Tage. In seinen Entscheidungsgründen sagt das Urteil, daß eine Betriebsvereinbarung, die zwar die Möglichkeit gibt, bis zu drei Tagen kurz arbeiten zu lassen, die sich aber nur auf einen Bruchteil der Arbeiterschaft ausdehnt, nicht die Möglichkeit gibt, die Schwerbeschädigten länger arbeiten zu lassen als die Mehrheit des Betriebes. In einer solchen Maßnahme bedürfte es der Kündigung des Schwerbeschädigten, da es eine Verletzung des Arbeitsvertrages zu seinem Nachteil sei. Würden alle Arbeiter an drei Tagen beschäftigt, dann müßte sich auch der Schwerbeschädigte dazwischen schiden, hier sei aber dies nicht der Fall.

Für unsere Kollegen ist der Ausgang dieses Prozesses ein schöner Erfolg, da er der einzige unter den Schwerbeschädigten des Betriebes war, der den Mut zur Klage fand und nunmehr der Firma gezeigt hat, daß der Schwerbeschädigte in seinen Rechten nicht geschmälert und nicht böswillig benachteiligt werden darf. F. Sch.

Aus d. Verbandsleben

Stettin. Ein altes Sprichwort lautet: Man muß die Feste feiern, wie sie fallen. Dieses Sprichwort machte sich auch unsere Filiale zu eigen und veranstaltete zu Ehren unserer Jubilare einen gemütlichen Abend im Volkshaus. Trotz ihrer schlechten Lage erschienen auch die Kollegen, um dem Feste die rechte Weihe zu geben. Der Vorsitzende der Filiale begrüßte die Festversammlung. Anschließend hielt Bezirksleiter Kollege Hain die Festansprache, in der er die verflochtenen 25 Jahre an unserm geistigen Auge vorüberziehen ließ. In ausführlicher Weise sprach er von den Kämpfen, die in dieser Zeit geführt wurden, und bei denen die zu ehrenden Kollegen stets ihren Mann gestanden hätten. Mit der Ueberreichung der Ehren diplome und anerkennenden Worten für die Treue der Mitkollegen schloß Kollege Hain. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Semtlo für die ihnen erwiesene Anerkennung. Gleichzeitig richtete er anfeuernde Worte an die Jungkollegen. Er bat sie, dem Verbands die Treue zu bewahren und stets das Ziel der Asten im Auge zu behalten. Eine kleine aber gute, aus Kollegen zusammengesetzte Kapelle sorgte für die musikalische Unterhaltung. Kollege G. Brecht als Humorist gab sein Bestes und erntete reichen Beifall. Am dem nachfolgenden Tanz beteiligten sich alt und jung. Alle Kollegen gingen befreit heim mit dem Bewußtsein, daß noch der alte Geist unter uns lebt und zum Wohle des Verbandes auch weiterleben wird.

Willy Gruschinski.

Gewerkschaftliches

Internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder.

In der Woche vom 24. bis 31. Juli 1932 fand in Aachen bei Brüssel die 3. Internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder statt. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) organisiert diese Zusammenkünfte, um die junge Führergeneration der Gewerkschaften verschiedener Länder miteinander in Verbindung zu bringen. Um eine gute Zusammenfassung zu gewährleisten, sind nur solche Teilnehmer zugelassen, die von den angeschlossenen Landeszentralen und internationalen Berufssekretariaten auf deren Kosten geschickt werden. In der diesjährigen Zusammenkunft nahmen 30 Gewerkschaftsmitglieder aus sieben Ländern teil.

Die Internationale Zusammenkunft ist zu einer dauernden Einrichtung geworden. Die erste fand in Bernau bei Berlin im Jahre 1930, die zweite in Oxford 1931 statt. Der Erfolg, der die Arbeit der Internationalen Zusammenkünfte begleitet hat, bietet Gewähr für weitere erprobliche Ergebnisse.

Als Hauptsprache gilt die Sprache des Landes, in dem die Zusammenkunft stattfindet. Diesmal waren es die französische und holländische Sprache. Von den Teilnehmern wird verlangt, daß sie eine gewisse Kenntnis der betreffenden Sprache besitzen. Von Vorträgen theoretischer Art wird abgesehen. Statt dessen werden gewerkschaftliche Einrichtungen und gewerkschaftliche Tagesfragen besprochen. In diesem Jahre waren folgende Verhandlungspunkte vorgesehen: Aufgaben und Einrichtungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes; die Entwicklung und Struktur der Gewerkschaften in Belgien und Holland. Es folgte dann eine Auseinandersetzung über die Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffung und Organisation des Kreditwesens. Die aktive Beteiligung der Teilnehmer vollzieht sich sowohl durch die Diskussion als auch durch eigene Referate über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ihrer Länder. Es wurden diesmal auch die Einrichtungen der belgischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung besprochen.

Wissenschaftliches

Eine neue technische Erfindung.

Zeit jeher ist Glas das Symbol der Zerbrechlichkeit gewesen, seit jeher hat der Mensch versucht, dem Glase diese seine unangenehme Eigenschaft „abzugewöhnen“. Nunmehr ist es gelungen, ein Glas herzustellen, das diesem Wunschbild entspricht. Das neue Glas — ohne jede Verletzlichkeit — hat einen weit höheren Grad von Widerstandsfähigkeit gegen Schlag, Druck und Erschütterungen sowie gegen Temperaturschwankungen als normales und Verbundglas. Zum Beispiel kann eine Stahlkugel von 500 Gramm Gewicht aus 2 1/2 Meter Höhe auf dieses Glas

PARTEILEBEN

Wer über den Partein sich wähnt mit stolzen Mienen, der steht zumletzt vielmehr beträchtlich unter ihnen. Trau keinem, der nie Partei genommen und immer im Trüben ist geschwommen! Doch wird dir Jener auch nicht frommen, der nie darüber hinaus will kommen. Fällt einer ab von eurer Schar, so laßt ihn laufen und richtet nicht. Doch dem, der zu euch stoßen will von dort, dem schauet ins Gesicht! Halte fest an der Partei, wenn du ein Parteilmann bist, aber unentwegt verlougne jeden Lügner und Sophist. Als Gegner achte, wer es soll Strauchdiebe aber sind keine Parteil!

Gottfried Keller.

fallen gelassen werden; sie prallt ab, ohne eine Spur zu hinterlassen. Die Elastizität des Glases ist so groß, daß eine unterlegte Scheibe aus demselben Glas von zwei Männern belastet werden kann, wobei sich das Glas wie eine Kaffertlinge biegt, um nach der Entlastung wieder in die Ursprungslage zurückzuschnellen. Gefurt, so heißt das neue Glas, hat die halbe Festigkeit von Stahl und die doppelte Federung. Es ist unempfindlich gegenüber Temperaturschwankungen und Witterungseinflüssen. Da es keine Bindeschicht hat, ist die Gefahr der Blasenbildung, des Dunkel- oder Gelbwerdens ausgeschlossen. Die Hitzebeständigkeit des Glases geht so weit, daß zum Beispiel 400 Grad Hitze dem Glase nichts anzuhaben vermögen. Weil es aus Spiegelglas hergestellt wird, ist es kristallklar und — was wesentlich ist — es behält auch diese kristallklare Durchsichtigkeit. Besonders wichtig aber ist, daß, wenn es gewaltsam zerschlagen wird, es nicht in jene so überaus scharfen und vielfach lebensgefährlichen Langspitzen zerspringt, sondern in viele kleine, erbsengroße Teilchen, die keinerlei scharfgratige Kanten aufweisen, zerkrümelt.

Arbeitslose von der Rundfunkgebühr befreit.

Den eifrigen Bemühungen des Vertreters der SPD, dem Genossen Dr. Herz im Verwaltungsrat der Reichspost ist es gelungen, die Arbeitslosen von der Rundfunkgebühr zu befreien. Bisher konnten nur diejenigen befreit werden, deren Bedürftigkeit durch den Bezug der Krisenunterstützung erwiesen war. Nunmehr sind alle Arbeitslosen, soweit sie Unterstützung beziehen, von der Gebührensatzung befreit. Die amtliche Mitteilung hierüber lautet wie folgt:

Mit Wirkung vom 1. August 1932 können die Postämter die Rundfunkgebühren unter den bisherigen Bedingungen auf Antrag auch Arbeitslosen erlassen, denen die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von 36 Tagen (6 Wochen) wegen Hilfsbedürftigkeit weitergewährt wird. — Ferner dürfen die Postämter Arbeitslosen, denen die Rundfunkgebühren nach den bestehenden Bestimmungen erlassen werden können, den Erlaß der Rundfunkgebühren auch dann gewähren, wenn die Arbeitslosen im freiwilligen Arbeitsdienst Verwendung finden und die Vergütung für diese Beschäftigung nicht höher ist als die ihnen sonst aus der Arbeitslosenfürsorge zustehende Unterstützung.

Dieser Erfolg ist zu begrüßen. Die arbeitslosen Rundfunkhörer werden dem Vertreter der SPD im Verwaltungsrat der Reichspost dafür dankbar sein. In der Zeitschrift „Volksfunk“ Nr. 29 befindet sich der Vordruck eines Antrages, der nur ausgefüllt in den Briefkasten geworfen zu werden braucht.

Wie sollen Einzelhandel und Handwerk werben?

Die im Herbst 1930 zum ersten Male gezeigte Sonderchau „Jeder kann werben“ wird während der vom 28. August bis 1. September stattfindenden Leipziger Herbstmesse in einer besonderen Abteilung die Werbung durch Einzelhandel und Handwerk zeigen. Die Fragen der Werbemöglichkeiten und der Werbeplanung werden durch musterträgliches Werbematerial für sechs Einzelhandelsbranchen und für sechs Handwerkszweige in allen Einzelheiten behandelt, so daß sowohl Einzelhandel als auch Handwerk eine Fülle von Anregungen auf dieser Sonderchau gewinnen können.

Fachliteratur

Nummer 8 der „Malerjugend“.

In den vergangenen Wochen hatte die deutsche Arbeiterbewegung eine starke Belastungsprobe zu bestehen und besteht sie in diesen Tagen noch. Es steht deshalb auf der ersten Seite der neuesten Nummer der „Malerjugend“ Karl Brögers herrliche „Republikanische Hymne“, die in beschwingter Sprache zu den Jungkollegen unseres Gewerbes eindringlicher spricht als es aktuelle Artikel tun könnten. Es folgt auf sie ein Aufsatz, „Praktische Solidarität“ betitelt, der den jungen Lesern den materiellen wie den hohen ethischen Wert der Unterstützungseinrichtungen des Verbandes zum Bewußtsein bringt. Daß in einigen markanten Sätzen des Jahrestages der Weimarer Verfassung gedacht ist, ist in einer Zeit, wo sie von der erstarrten Reaktion mit allen tauglichen und untauglichen Mitteln bekämpft wird, nur in der Ordnung. Einige gute fachliche Artikel werden in dieser Nummer fortgesetzt. Walter G. Schilewsky wirbt unter den jungen Lesern um Verständnis für das Werk des in diesem Herbst von seinem Amt als Lehrer an der Staatlichen Kunsthochschule in Berlin zurücktretenden Zeichners und Malers Prof. Emil Orlik. Er rühmt an ihm das Verdienst, handwerklicher Genügnung als Voraussetzung künstlerischer Leistung wieder zur Anerkennung verhelfen zu haben. Von dem noch jugendlichen, begabten

Hamburger Kollegen Paul Labewig werden ein Raumentwurf und zwei Malentwürfe gebracht. Die wichtigsten Richtlinien des IGGB. zur Arbeitshilfe für erwerbslose Jugend werden gewürdigt; gleichfalls in entsprechender Weise hervorstechende Merkmale der „Ealtung“ der Nazis in der letzten Zeit in ihrer ganzen Erbärmlichkeit und Verächtlichkeit. Nicht wenige wiedergegebene Photos und Berichte zeugen von lebhafter Jugendarbeit vieler Abteilungen im Reich. Auch ein unterhaltender Aufsatz, ein Bericht über eine Alpenwanderung, fehlt nicht. Im ganzen wieder eine interessante und bildende Nummer, wert, von jedem Kollegen gelesen zu werden.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Gebrauchsmuster.
 Kl. 75 c. 1 224 286. Gentblei mit Schlagschnur. August Korn, Schalksmühle i. W.
 Kl. 75 c. 1 224 607. Schablone. Albert Kied. Itten-dorf, bei Markdorf.

Angemeldetetes Patent.
 Kl. 75 c. M. 119 365. Haltevorrichtung für Schablonen. Marcel Malbecq, Houbeng-Goegnies, Belgien.

Erteilte Patente.
 Kl. 75 c. 556 633. Verfahren zur Herstellung von bunten Bildern. Elfe Walbinger, Darmstadt, Heidelberger Straße 35.
 Kl. 75 d. 556 444. Verfahren zum Aufbringen der Grundfarbe des Holzes auf Metall zum nachträglichen Bedrucken mit Holzmaserung. Maja G. m. b. H., zur Herstellung künstlicher Oberflächen, Berlin NW 40, Alexander-ufer 4.

Gebrauchsmuster.
 Kl. 75 c. 1 225 733. Vorrichtung zum Lackieren und Dekorieren von kugelig, oval oder ähnlich geformten Gegenständen nach dem mit oder ohne Druckluft betriebenen Farbstrahlverfahren. Frig Kemmler, Holzhausen bei Leipzig.

Literarisches

Mein Vorurteil gegen diese Zeit. Die Holzschritte von Köffing sind in des Wortes bester Bedeutung populäre Kunst. Jeder versteht sie, jeder findet sich sofort in sie hinein. Sie geben inhaltlich und formell keine Rästel auf. Dabei vermeiden sie plumpe Unterstreichungen und imponieren gerade durch eine ihnen innewohnende Unparteilichkeit. Die Würde ihres Angriffs wird dadurch gesteigert, daß der Künstler die von ihm vertretene Arbeit nicht platonisch voranstellt. Köffing wirkt gerade durch sein naives Erkennen den Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens „hinterüber“. Aus altem „Jahnen“ spricht der Mensch, der sich sein Urteil bewahrt hat, so sehr Parteien und Eraktionen und Vertreter der gottgeliebten Ordnung auf ihn erdrücken. Nicht zufällig nennt er sein Buch, das jetzt bei der Büchergilde Gutenberg erschienen ist: „Mein Vorurteil gegen diese Zeit.“ Es sind 100 Holzschritte, die in Originalgröße und von Gubonoplastiken, nach einem Originalholzschnitt hergestellt, zu einem Buch, in Leinen 2,70 M., zusammengefaßt wurden. Die Holzschritte sind mit größter Sorgfalt und doch mit künstlerischer Freiheit gezeichnet. Der Griffel Köffings kann Schattierungen von größter Reichheit hervorbringen, er kann aber auch mit strengen Kontrasten arbeiten und das Spiel der Flächen zu einem dramatischen Konflikt werden lassen. In ihrer Gesamtheit ergeben diese 100 Holzschritte ein Spiegelbild unserer Zeit. Die Wirklichkeit ist so, sagt Köffing, wir brauchen nur scharf hinzusehen. Die Büchergilde Gutenberg hat mit diesem neuen Buch etwas ganz Neues geschaffen.

Männer, Köpfe, Charaktere. Der Fackelreiter-Verlag, Berlin W 15, bringt im großen Vorkartenformat Bilder bekannter Führer und Redner des republikanischen Deutschlands heraus. Kuser und Kämpfer für Volksrecht, für Freiheit und Frieden. Jede Mappe enthält 5 Karten für 50 P. Die Reproduktionen sind außerordentlich gut gelungen. Es ist sicher gutes Propagandamaterial und zeigt den wirklich vertrauenswürdigsten, verlässlichen und besonnensten politischen Führer. Die ersten drei Mappen liegen jetzt vor. Mappe A enthält unter anderem Otto Braun, Karl Sebering, Paul Löbe, Adolf Grimme. In Mappe B finden wir Weiß, Breitscheid, Crispian, Schömann, Köffing. Die Mappe C bringt bekannte Gewerkschaftsführer wie Aufhäuser, Grafmann, Leibart, Zarnow, Jambusch. — Allen Freunden des Bildes empfehlen wir die Anschaffung dieser Mappen.

Bauen — Siedeln — Wohnen. Monatlich zwei Hefte. Bezugspreis vierteljährlich 2 M., Einzelheft 80 P. Die in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erscheinende Bauzeitung „Bauen — Siedeln — Wohnen“ veröffentlicht in ihrer Nummer 14 das Ergebnis einer statistischen Erhebung, die von einer gemeinnützigen Bau-genossenschaft durchgeführt wurde, um die Auswirkungen der durch Notverordnung verfügten Herabsetzung der Hauszinssteuerfreigrenze von jährlich 1200 auf 800 M auf die Baugenossenschaftsmitglieder festzustellen. Als Ergebnis wurde ermittelt, daß diese nicht mehr in der Lage sein werden, ihren Verpflichtungen nachzukommen. — Im gleichen Heft wird auch gezeigt, wie Siedler als Schuldbetrag oft geschädigt werden. Es kommt zum Beispiel ein Schuldbetrag über 6000 M zustande, 4800 M werden aber tatsächlich nur ausbezahlt, während nach drei Jahren 6160 M zurückgezahlt werden müssen. Die ungeheure Verdienstspanne wandert in die Taschen dieser sauberen Geschäftemacher.

Vom 31. Juli bis 6. August ist die 31. Beitragswoche. Vom 7. Aug. bis 13. Aug. ist die 32. Beitragswoche.

Sterbetafel

Frankfurt a. M. Am 15. Juli erkrankt beim Baden im Main unser lieber Kollege Paul Berek, Sossenheim. Mitglied seit 1926.

Kiel. Unser Kollege Friedrich Lübke starb am 25. Juli im Alter von 69 Jahren an Asthma.

Hamburg (Bezirk Barmbeck). Der invalide Kollege Emanuel Oberdorfer starb am 22. Juli im Alter von 54 Jahren nach langer Krankheit. Er gehörte der Organisation 31 Jahre an und hat die verschiedensten Funktionärstellungen bekleidet. — (Bezirk Altona.) Am 13. Juli starb unser Kollege Wilhelm Schlichtmann im Alter von 65 Jahren nach kurzer Krankheit.

Ehre ihrem Andenken!